

Der Mythos vom unpolitischen Sport

Der Mythos vom unpolitischen Sport ist immer noch lebendig. Besonders deutlich wurde dies bei der Fussball-Europameisterschaft in diesem Sommer. «Fussballspieler sollen spielen und nicht knien», war beispielsweise in einem Meinungsbeitrag eines Redaktors der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) zu lesen. Gemeint war das Spiel zwischen England und Deutschland, bei welchem die Spieler beider Mannschaften gemeinsam in die Knie gegangen sind, um ein Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung zu setzen. Die Geste geht zurück auf den US-Football-Spieler Colin Kaepernick und dessen Protest gegen die Polizeigewalt gegenüber Menschen mit dunkler Hautfarbe. Sie reiht sich ein in eine lange Liste von Protestbekundungen im Profisport. Dazu zählt auch, dass Kaepernick für sein Verhalten erst Kritik erntete, bevor er Nachahmer fand.

Der Sport und seine Ideale

Werte spielen im Sport traditionell eine grosse Rolle. Insbesondere die olympische Bewegung sieht sich als Brückenbauerin und Förderin einer friedlichen Gesellschaft. Ebenso erklärt die Olympische Charta jede Form von Diskriminierung eines Landes oder einer Person aufgrund von Rasse, Religion, Politik, Geschlecht oder aus sonstigen Gründen als unvereinbar mit der olympischen Bewegung. Zugleich wird den Athletinnen und Athleten jede

Demonstration und politische, religiöse oder rassistische Propaganda im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen untersagt.

Auf Wunsch der Athletenkommission wurde diese Bestimmung mit Blick auf die Olympischen Spiele in Tokio leicht angepasst. Konkret konnten Athletinnen und Athleten an den Spielen ihre politische Meinung in gewissen Situationen frei äussern, solange sie den fundamentalen Prinzipien der olympischen Bewegung entsprechen. Diese Lockerung gilt jedoch nicht für Wettkampfstätten oder offizielle Zeremonien und damit jene Arenen, welche den Sportlerinnen und Sportlern am meisten Sichtbarkeit bieten. Dass dies zu Konflikten führen kann, war zu erwarten und zeigte sich beispielsweise bei der Siegerehrung im Kugelstossen der Frauen, als die Gewinnerin der Silbermedaille ihre Arme über dem Kopf verschränkte als Zeichen gegen jegliche Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund der Hautfarbe, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung.

Obwohl eigentlich ganz im Sinne der olympischen Ideale, versties diese Geste gegen das olympische Regelwerk. Bei der Fertigstellung dieses Kommentars war noch nicht klar, ob Raven Saunders für ihre Geste sanktioniert wurde. Eine solche Sanktion wäre nur schwer verständlich. Denn Athletinnen und Athleten sind in

erster Linie Individuen und als solche haben sie das Recht, ihre politische Meinung zu äussern, solange diese nicht den demokratischen Grundwerten widerspricht. Inwieweit der politische Protest von Sportlerinnen und Sportlern aufgrund ihrer eigenen Biografie glaubwürdig und authentisch ist, tut dabei wenig zur Sache. Entsprechend ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn deutsche und englische Fussballspieler vor dem Spiel niederknien, selbst wenn sie selber – wie im eingangs genannten NZZ-Beitrag kolportiert – nicht direkt mit Rassismus konfrontiert wurden.

Sportverbände und ihre Liebe zu Autokraten

Welche Widersprüche der Mythos vom unpolitischen Sport kreieren kann, zeigte sich besonders deutlich in der Vergabe der Austragungen von sportlichen Grossereignissen durch die jeweiligen Sportweltverbände. Die Nähe mancher Sportfunktionäre zu Autokraten ist schon fast unheimlich. Man erinnere sich an

die Umarmung zwischen dem damaligen Präsidenten des Eishockeyweltverbands René Fasel und dem weissrussischen Macht-haber Alexander Lukaschenko im Januar dieses Jahres. Aus dem Februar 2019 stammt die Aussage des ehemaligen Skiverbandspräsidenten Gian Franco Kasper: «... vom Geschäftlichen her sage ich: Ich will nur noch in Diktaturen gehen, ich will mich nicht mit Umweltschützern herumstreiten».

Wahrscheinlich braucht es deshalb noch viel öfter politische Proteste von Sportlerinnen und Sportlern, bis der Sport seinen politischen und gesellschaftlichen Idealen gerecht wird. Mit den Olympischen Winterspielen in Peking und der Fussball-WM in Katar bringt das kommende Jahr hierzu einige Gelegenheiten.



DR. CHRISTIAN FROMMELT,
Direktor und Forschungsbeauftragter
Politik am Liechtenstein-Institut

GASTKOMMENTAR